

Fabian Stoffel

Linksfraktion im Kreistag
Herford
Hämelinger Straße 7
32052 Herford

0151 676 255 85

fabian.stoffel@dielinke-
herford.de

Herford, den 17. Dezember 2021

Rede zum Haushalt 2022/23

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

selten musste ich so lange überlegen, was ich in meiner Rede zum vorliegenden Doppelhaushalt eigentlich sagen kann und will.

Fangen wir mal mit dem Positiven an. Trotz finanzieller Herausforderungen haben sich Verwaltung und die große Mehrheit im Kreistag dazu entschieden, keine Streichungen und keinen Stellenabbau vorzunehmen. Es wird weiter investiert, zum Beispiel in die Berufskollegs, und nötige Stellen in der Kreisverwaltung werden geschaffen. Das ist definitiv zu begrüßen.

Das Ganze läuft nun unter dem Begriff „risikoorientierte Haushaltsplanung“ und unsere Rücklage wird perspektivisch komplett aufgebraucht. Die Kreisumlage wird dabei nur sehr moderat angehoben. Trotzdem ist aus einigen Kommunen großer Protest zu vernehmen und es fallen Aussagen wie „Das Kreisjugendamt soll sich mal konsolidieren“. Das finde ich besonders deshalb irritierend, weil die Kommunen, die am lautesten schreien, ihre Rücklage im Gegensatz zum Kreis nicht angehen und diese stattdessen perspektivisch noch aufstocken. Auch die Versorgung durch den Kreis mit Kitas oder umfangreiche Leistungen während der Corona-Pandemie scheinen vergessen. Das erscheint mir, gelinde gesagt, doch recht unsolidarisch.

Aber zurück zum Kreishaushalt und den vorliegenden Begleitanträgen.

Zwar geht der Haushaltsentwurf einige Dinge an, aber es fehlen nach Ansicht der Linksfraktion auch noch wichtige Aspekte. Wir haben uns intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und auch ein kleines Gutachten in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse davon haben wir als Begleitantrag formuliert. So schlagen wir vor, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum im Kreis Herford, den die Wohnraumbedarfsanalyse bescheinigt, durch Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugenossenschaft anzugehen. Darüber hinaus sollten die Kommunen bei der Konzeptionierung von Leerstandsabgaben unterstützt werden. Es kann nicht sein, dass Immobilienfonds sich wertvolle Immobilien in die Bilanz schreiben können und dann durch besonders hoch angesetzte Mieten, die nicht realisiert werden, Steuervorteile genießen.

Besonders wichtig ist uns auch die Gesundheitsversorgung. Diese ist grundlegende Aufgabe des Kreises und ihre Bedeutung dürfte insbesondere in der Corona-Pandemie jedem klar geworden sein. Daher begrüßen wir die Unterstützung des Klinikums in diesem Haushaltsentwurf sehr. Wir fordern, dass die auskömmliche Finanzierung und Personalausstattung aller Krankenhäuser im Kreis auch in Zukunft sichergestellt wird. Ebenso erwarten wir

ein klares Bekenntnis, dass es keine Privatisierungen in der Krankenhauslandschaft geben wird. Denn Privatisierungen in der Krankenhauslandschaft führen nachweislich zu schlechterer Versorgung der Menschen und zur Ausbeutung der Beschäftigten. Ich hoffe, dass auch bestimmte Kommentatoren des Westfalenblattes das eines Tages erkennen werden, ohne erst persönlich betroffen zu sein.

Weitere leichte Schwachstellen des Haushaltsentwurfs zeigen sich auch in den Bereichen Jugend und Soziales. Kinder und Jugendliche sind besonders schützenswerte Mitglieder der Gesellschaft. Die angemessene Ausstattung der Behörden, die in diesem Bereich tätig sind muss objektiv sichergestellt werden. Dies hilft ganz konkret dabei, Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen und in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Ebenso darf nichts unversucht bleiben, um den steigenden Bedarf an Betreuungsangeboten zu decken.

Weiterhin werden Viele Beratungs- und Unterstützungsangebote der Sozialhilfe vom Kreis an andere Träger ausgelagert. An den Menschen, die am meisten auf die Unterstützung und Solidarität durch die Gemeinschaft angewiesen sind darf nicht gespart werden. Wenn diese Träger Mehrbedarfe anzeigen sollten diese auch gewährt werden.

Klima- und Umweltschutz darf nicht nur auf dem Papier statt finden. Daher sollte der Kreis angeordnete Maßnahmen auch kontrollieren und die Umsetzung sicherstellen und Gleiches den Kommunen nahelegen.

Zum Schluss unserer Anregungen unser Linker Dauerbrenner: Fordern Sie endlich ihre Parteifreunde in Bund und Land auf, die Finanzierung der Kommunalen Ebene sicherzustellen und die Vermögenssteuer wieder zu erheben. Nach wie vor bewegen sich die kommunalen Haushalte regelmäßig in einem Feld, in dem notwendige Investitionen und Angebote mit dem Blick auf den Schrecken der Haushaltssicherung und Verschuldung verschleppt, nicht angegangen oder gar gestrichen werden. Dabei bleibt klar: Nur Reiche können sich einen schwachen Staat und ein schwaches Gemeinwesen leisten. Alle anderen Menschen sind auf eine gute und zuverlässige öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen. Diese findet insbesondere auf der kommunalen Ebene statt. Daher müssen Bund und Länder dafür sorgen, dass übertragene Aufgaben auch ausreichend gegenfinanziert werden. Dazu ist es geboten, dass extremer Reichtum umverteilt wird und allen Menschen zugute kommt. Auch Kommunalpolitiker:innen wie wir dürfen diese Notwendigkeiten nicht ignorieren.

Leider konnte sich die Mehrheit der Fraktionen nicht dazu durchringen, auch nur einzelne unserer Vorschläge aufzugreifen. Dabei waren viele davon sehr entgegenkommend formuliert und es gab viel Verhandlungsspielraum.

Das ist umso überraschender, wenn man sich nun anschaut was für einen inhaltlich doch ausgesprochen dünnen Antrag die Fraktionen SPD, CDU und Grüne hier vorlegen. Sicher, viele der beantragten Punkte sind nicht schlecht.

Aber es findet sich nur wenig, was über längst Beschlossenes oder Planungen der Verwaltung hinausgeht. Die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen aus der Wohnraumbedarfsanalyse erscheint mir persönlich recht selbstverständlich. Wenn Fraktionen dazu noch etwas sagen wollen sollte das vielleicht doch etwas konkreter sein.

Ähnlich enttäuschend finde Punkte zum Thema Klimaschutz des Kreises. Unsere Ziele sollen angepasst werden. Das ist alles was ihr zu sagen habt? Ist den Grünen vielleicht entgangen, dass die Verwaltung die Fraktionen schon vor Monaten dazu eingeladen hat, Vertreter*innen für eine ab Januar tagende Lenkungsgruppe zu benennen, die unsere Klimaschutzziele und Maßnahmen weiterentwickeln soll?

Und dann soll zu den Zielen des Kreises zukünftig auch das ominöse Schlagwort „Sicherheit“ gehören. Ich glaube ja, der Kreis hätte mit der Erfüllung der bisherigen Ziele genug zu tun und eigentlich auch noch Nachholbedarf.

Auch muss mir die schockierende Vandalismusserie an kreiseigenen Liegenschaften wohl entgangen sein.

Ich kann ja aus Perspektive der SPD verstehen, dass man die CDU kurz vor der Landtagswahl gerne einfangen und ihr weiterhin keine Möglichkeit zur Profilierung bieten möchte, aber ich denke mit einem anderen Bündnis wäre hier deutlich mehr für die Menschen im Kreis Herford möglich gewesen, als diese Ansammlung von heißer Luft.

DIE LINKE wird sich zu diesem Haushalt enthalten.

Abschließend möchte ich mich herzlich bei Kreiskämmerer Markus Altenhöner und seinem Team für die Arbeit bedanken und für Zustimmung zu unserem Antrag zum Haushalt werben.

Vielen Dank!

—

—

—